

Der Ruhestand in der Schweiz ist kostspielig

Wer immer hier gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, dürfte gutgestellt sein – für gewisse andere Bevölkerungsgruppen kann es eng werden



Hiesigen Pensionären geht es in der Regel dann gut, wenn sie lang genug in die Vorsorgekassen eingezahlt haben. M. LIMINA/BLOOMBERG

MICHAEL FERBER

Kann man es sich leisten, nach der Pensionierung in der Schweiz zu leben? Diese Frage treibt nicht wenige hierzulande lebende Menschen um. Darunter sind Teilzeitbeschäftigte, Einwanderer, Selbständigerwerbende ohne Pensionskasse oder Menschen, bei denen die ursprünglichen Pläne durcheinandergelassen sind – beispielsweise durch eine Entlassung oder eine Scheidung.

«Viele Menschen stehen vor der Frage, ob sie nach der Pensionierung in der Schweiz bleiben und sich einschränken sollen – oder ob sie ins Ausland gehen oder zurückgehen», sagt Laurent Schlaefli, Chef der Vorsorgeeinrichtung Profond und Präsident von Inter-Pension, dem Verband der unabhängigen Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen. Für viele ist es auch eine Option, nach der Pensionierung weiterzuarbeiten.

Schweizer Ehepaare gut dran

Dabei spielt eine Rolle, dass viele Pensionskassen aufgrund der jahrelangen Tiefzinsphase sowie der demografischen Entwicklung in den vergangenen Jahren die Umwandlungssätze und damit die Renten gekürzt haben. Trotzdem ist laut Experten für «nor-

Spät-Einwanderer bauen deutlich weniger Kapital auf

Kennzahlen für Versicherte mit voller Berufskarriere und Versicherte, die mit 45 Jahren in die Schweiz eingewandert sind. Der Bruttolohn beträgt jeweils 100 000 Franken.¹ Angaben in Franken.

	Volle Karriere, BVG-Minimalplan	Volle Karriere, «umhüllender» Plan	Start mit 45, BVG-Minimalplan	Start mit 45, «umhüllender» Plan
Alterskapital	382 297	903 713	228 024	487 354 ²
Umwandlungssatz	6,8%	5%	6,8%	5%
BVG-Rente	25 996	45 186	15 506	24 368
AHV-Rente	29 400	29 400	13 067	13 067 ³
Beide Renten zusammen	55 396	74 586	28 573	37 435
Ersatzquote (Verhältnis AHV- + BVG-Rente zu Bruttolohn)	55,4%	74,6%	28,6%	37,4%

¹ Der BVG-Minimalplan bezieht sich auf Minimalpläne bzw. «BVG-nahe» Vorsorgeeinrichtungen, die nur das gesetzliche Minimum versichern. Der «umhüllende» Plan bezieht sich auf Pensionskassen, die eine überobligatorische Vorsorge anbieten, also Leistungen über dem gesetzlichen Minimum.

² Einkauf möglich. ³ Einkauf nicht möglich, fehlende Versicherungsjahre können nicht kompensiert werden.

Quelle: Aon Schweiz

feb.

male» Schweizer Arbeitnehmende Panik fehl am Platz. «Die Neurentenstatistik zeigt: Wer hier gelebt und kontinuierlich Beiträge bezahlt hat, hat nach der Pensionierung als Ehepaar genug Geld», sagt der Vorsorgespezialist Werner C. Hug.

Gemäss der Neurentenstatistik 2021 lag eine neue Altersrente aus der AHV für Schweizer Männer im Durchschnitt bei 2010 Franken, die Rente aus der beruflichen Vorsorge bei 2657 Franken. Für Schweizer Frauen betrug die Rente aus der AHV im Durchschnitt 1819 Franken, die Rente aus der beruflichen Vorsorge 1603 Franken.

Die entsprechenden Werte für den Median betragen für Schweizer Männer bei den AHV-Renten 2046 Franken und den Renten aus der beruflichen Vorsorge 2167 Franken, bei den Schweizer Frauen sind es 1793 Franken aus der AHV und 1242 Franken aus der beruflichen Vorsorge. Der Median ist der Wert, im Vergleich zu dem die eine Hälfte der Renten grösser und die andere Hälfte kleiner ist.

Für manche Personen sieht es aber weniger komfortabel aus. Wenn bei ihnen das Geld im Alter nicht reicht und kein Vermögen vorhanden ist, gibt es allenfalls Ergänzungsleistungen. Zu

den gefährdeten Bevölkerungsgruppen zählen die folgenden:

■ **Selbständigerwerbende ohne Pensionskasse:** «Viele Selbständigerwerbende haben keine Pensionskasse», sagt Willi Thurnherr vom Beratungsunternehmen Aon Schweiz. Er empfiehlt, sich wenn möglich einer solchen anzuschliessen oder zumindest die Chancen einer «grossen Säule 3a» zu nutzen. Wer keiner Pensionskasse angeschlossen ist, kann in diesem Jahr bis zu 35 280 Franken beziehungsweise maximal 20 Prozent des Nettojahreseinkommens steuerbegünstigt in die Säule 3a einzahlen. Mangelnde Planung gilt als wichtiger Faktor dafür, dass im Alter zu wenig Geld in den Vorsorge-Töpfen liegt.

■ **Teilzeitbeschäftigte:** Die Neurentenstatistik zeigt, dass die Renten von Frauen im Durchschnitt deutlich niedriger sind als die von Männern. Frauen sind und waren in den vergangenen Jahrzehnten in der Schweiz deutlich stärker in Teilzeit beschäftigt als Männer, wie Zahlen des Bundesamts für Statistik zeigen. Dies schlägt sich vor allem in den Renten aus der beruflichen Vorsorge nieder. Während Männer hier im Jahr 2021 im Median über Schweizer und Ausländer hinweg eine Rente von 2100 Franken bekamen, waren es bei den Frauen nur 1201 Franken.

■ **Spät Geschiedene:** «Leute, die sich spät scheiden lassen, haben oftmals ein Problem», sagt Vorsorgespezialist Hug. Bei einer Scheidung wird das Pensionskassenvermögen der beiden Ehepartner aufgeteilt. Problematisch seien vor allem Paare, bei denen ein Partner nicht erwerbstätig war, sagt Thurnherr.

■ **Ausländer:** Wie die Neurentenstatistik des Weiteren zeigt, fallen die Renten von Ausländern im Vergleich mit Schweizern geringer aus. Im Jahr 2021 lag eine AHV-Rente für ausländische Männer im Median bei 1523 Franken, die berufliche Vorsorge bei 1368 Franken. Bei ausländischen Frauen betrug die durchschnittliche AHV-Rente im Median 1232 Franken und die BVG-Rente lediglich 745 Franken.

■ **Spät-Einwanderer:** «Wenn man als Einwanderer erst mit Mitte 30 in die Schweiz gekommen ist, erreicht man im Allgemeinen nach der Pensionierung nie den Standard der Schweizer», sagt Hug. Für Personen, die erst mit 45 einwandern, wird es noch enger. Dies zeigt eine Berechnung von Willi Thurnherr, der als Pensionsversicherungsexperte mittelgrosse und grosse Vorsorgeeinrichtungen berät (vgl. Tabelle).

Wer erst mit 45 in die Schweiz kommt und dann hier bis zur Pensionierung

arbeitet, muss mit einer geringen Ersatzquote im Ruhestand rechnen. Diese Kennzahl gibt an, welcher Anteil des Lohns aus der beruflich aktiven Zeit durch Renten gedeckt ist, wenn jemand in Pension geht. Für die Ersatzquote werden die Renten aus AHV und Pensionskasse addiert.

Wie das Beispiel in der Tabelle zeigt, muss eine Person, die mit 45 Jahren in die Schweiz gekommen ist und bis zur Pensionierung 100 000 Franken brutto pro Jahr verdient hat, mit einer Ersatzquote von 28,6 Prozent in einem BVG-Minimalplan und mit einer solchen von 37,4 Prozent rechnen, wenn sie in einem marktüblichen «umhüllenden» Pensionsplan versichert ist. Zum Vergleich beträgt die Ersatzquote 55,4 Prozent in einem BVG-Minimalplan und 74,6 Prozent in demselben «umhüllenden» Pensionsplan, wenn die Person über die volle Karriere hinweg in der Schweiz AHV- und BVG-Beiträge bezahlt hat.

Magere Rente aus dem Ausland

Bei einem «umhüllenden» Pensionsplan bietet eine Pensionskasse Leistungen über dem gesetzlichen Minimum an. Dafür ist der Umwandlungssatz im Allgemeinen niedriger, im Beispiel liegt er bei 5 Prozent. Der oder die Versicherte erhält also nach der Pensionierung pro 100 000 Franken, die in der Kasse angespart wurden, eine jährliche Rente von 5000 Franken. Bei einem BVG-Minimalplan handelt es sich hingegen um Kassen, die nur das gesetzliche Minimum versichern. Dafür erhalten die Versicherten bei der Pensionierung den sogenannten BVG-Mindestumwandlungssatz von 6,8 Prozent.

Natürlich gilt es auch die Altersleistungen einzurechnen, die solche Versicherten bekommen haben, bevor sie in die Schweiz gekommen sind. In vielen Ländern ist das Altersvorsorgesystem aber weniger gut ausgebaut als hierzulande. Folglich drohen Lücken, wenn Spät-Einwanderer nach der Pensionierung in der Schweiz bleiben möchten.

NZZ | Live

Sparen reicht nicht: das Abc des Investierens
Mittwoch, 20. September 2023,
NZZ-Foyer, Zürich, und online

Sparen ist sicher. Um Vermögen aufzubauen, sind finanzielle Anlagen aber deutlich attraktiver. Wie gelingt der Einstieg an der Börse – welche Bedeutung haben Mindset, Risikodiversifikation und Anlagestrategie?

Tickets unter nzz.ch/live

Hundert neue Öl- und Gasbohrlicenzen in der Nordsee

Der britische Premierminister Rishi Sunak kündigt bei seinem Besuch in Schottland Produktionsfreigaben für erschlossene Felder an

BETTINA SCHULZ, LONDON

Die britische Regierung setzt weiterhin auf die Produktion von Öl und Gas in der Nordsee. Obwohl das Land 2050 die Emissionsneutralität erreicht haben will, verkündete Premierminister Rishi Sunak diese Woche die Vergabe von mehr als hundert neuen Lizenzen für Öl- und Gasbohrungen in der Nordsee. Dabei handelt es sich um Produktionslizenzen und nicht um Lizenzen, die dazu genutzt würden, neue Felder zu entdecken. Unternehmen benötigen diese Lizenzen, um die Produktion in bereits erschlossenen Feldern aufzunehmen.

Kritik von der Opposition

In der Nordsee gibt es derzeit 283 aktive Öl- und Gasfelder, von denen jedoch bis 2030 etwa 180 erschöpft sein werden. Ihre Produktion muss ersetzt werden.

«Wir dürfen nicht vergessen, dass wir selbst 2050 noch ein Viertel unseres Energiebedarfes durch Öl und Gas decken müssen», betonte Sunak bei einer Kurzvisite in Schottland aus Anlass seiner Ankündigung.

Sunak verteidigte die Vergabe der Lizenzen gegenüber der scharfen Kritik der Labour-Partei, der Grünen und Umweltgruppen. Ein Sprecher der schottischen Partei der Grünen sagte: «Das Ganze zeigt, dass der Regierung die Umwelt und die Bedürfnisse künftiger Generationen völlig egal sind.» Der Regierung gehe es nur darum, vor der Unterhauswahl im nächsten Jahr Wählerstimmen in Schottland zu sammeln.

Um das Umweltargument zu entkräften, kündigte Sunak gleichzeitig an, die Zahl der Verbundprojekte zur Speicherung von Kohlendioxid unter der Erde in Grossbritannien von zwei auf vier Cluster zu erhöhen. Cluster sind Regio-

nen, wo die Emissionen von Unternehmen gesammelt werden und das Kohlendioxid abgetrennt, komprimiert und über Sammelleitungen in Hohlkammern unter der Nordsee gepumpt wird.

Der britische Premierminister betonte, das Vereinigte Königreich habe grosse Kapazitäten, CO₂ unter der Nordsee zu speichern, da dort die Hohlräume in Feldern ehemaliger Öl- und Gasförderung genutzt werden könnten. Zwei Verbundprojekte gibt es bereits: das East-Coast-Cluster im Nordosten Englands in Teesside und ein zweites Gebiet, das Hynet-Cluster im Nordwesten Englands und in Wales.

Sunak gab nun bekannt, dass das bisher am weitesten fortgeschrittene Verbundprojekt Acorn CCS im Nordosten Schottlands Förderung erhalten soll. Dort soll CO₂ etwa 2,5 Kilometer unter der Nordsee endgelagert werden. Ein viertes Cluster, das Verbundprojekt Viking CCS im Osten Englands an

der Flussmündung des Humber, erhält ebenfalls grünes Licht.

Die Anlage soll ab 2030 etwa 10 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr unter die Nordsee pumpen. Die Kapazität der dortigen Gasfelder reicht für die Endlagerung von etwa 300 Millionen Tonnen CO₂. Zum Vergleich: 2022 beliefen sich die CO₂-Emissionen Grossbritanniens nach Angaben des Statistikamtes auf 331,5 Millionen Tonnen.

Bisher hat sich in Europa vor allem Norwegen mit der Speicherung von Kohlendioxid einen Namen gemacht und global gesehen die USA. Die britische Regierung will die Projekte insgesamt mit Finanzierungshilfen von 20 Milliarden Pfund unterstützen. Die Industrie wartet derweil auf konkrete Zeitpläne, um ihrerseits investieren zu können. Der ehemalige Minister von Schottland Alex Salmonds sagte jedoch warnend, London habe schon mehr-

mals Anläufe unternommen, die Speicherung von CO₂ voranzutreiben. Aber letztlich hätten immer die Mittel gefehlt. Man müsse abwarten, was nach der Parlamentswahl im nächsten Jahr wirklich umgesetzt werde.

Dreckschleudern entlastet

Die britische Regierung hat auch den Handel mit Emissionsrechten für die britische Industrie vergünstigt. Die «Financial Times» berichtete kürzlich, dass die Regierung der Industrie überraschend mehr Verschmutzungsrechte eingeräumt habe, als dies in Zeiten der EU-Mitgliedschaft üblich gewesen sei. Seit dem Brexit hat Grossbritannien einen eigenen Emissionshandel. Dort notieren die Preise nun plötzlich zu einem kräftigen Abschlag gegenüber dem europäischen Handelssystem, was die Verschmutzung für die britische Industrie verbilligt.